



Interviews

19. Mai 2023

Philipp im Gespräch mit Ricarda Lang, Grünen-Co-Vorsitzende

May: Die Graichen-Affäre lässt die Grünen, lässt Robert Habeck also immer noch nicht los, auch, wenn der Wirtschaftsminister am Mittwoch die Reißleine gezogen hat und seinen Staatssekretär Patrick Graichen entlassen hat. Die FDP stellt den Zeitplan für das umstrittene Heizungsgesetz in Frage und die Opposition stellt infrage, ob das jetzt alles war an Affären im Wirtschaftsministerium. Am Telefon ist jetzt die Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Ricarda Lang, schönen guten Morgen, Frau Lang.

Lang: Hallo, guten Morgen.

May: Ist jetzt alles wieder sauber im Wirtschaftsministerium?

Lang: Ja. Also, es war ja ganz klar. Das Wirtschaftsministerium hat gesagt, es gab einen Fehler, was die Besetzung der Dena anging. Das war ein ganz, ganz klarer Fehler, wurde auch so von jedem benannt, der geheilt werden kann. Das passiert übrigens auch weiterhin. Also, das Verfahren wird weiter neu ausgeschrieben. Man hat dann noch mal jeden Stein umgedreht, geschaut, ob noch irgendwas Anderes auftaucht. Und in dem Moment, wo das passiert ist, war dann auch klar: Patrick Graichen muss gehen. Diese Entscheidung wurde gemeinsam von ihm und Robert Habeck getroffen. Und ich finde, es ist eine richtige Entscheidung.

May: Aber es stellen sich ja immer noch Fragen, zum Beispiel zum zeitlichen Ablauf. Die Förderempfehlung über 600.000 Euro an den BUND Landesverband von Berlin, wo Patrick Graichens Schwester im Vorstand sitzt, aus dem November, laut Habeck ist das ja schon aufgefallen letzte Woche Dienstag. Dann waren Graichen und Habeck im Wirtschafts- und Energieausschuss. Da wurde mit keinem Wort erwähnt, dass es diese Empfehlung gab. Und ein paar Tage später war es auf einmal so gravierend, dass Graichen gehen muss. Wie machen Sie sich da einen Reim drauf?

Lang: Es war ja am Ende die Gesamtschau. Ich finde, es ist auch eine Frage, wie man mit Fehlern umgeht. Es ist klar, in der Politik, unser Anspruch sollte sein, es gibt so wenig Fehler wie möglich. Das ist auch meiner, aber es werden Menschen auch weiterhin Fehler machen. Dass dann ein Minister sagt, es gibt eine zweite Chance, das finde ich richtig und das finde ich gut. Wenn dann aber neue Dinge auftauchen, was hier der Fall ist, zu sagen, in der Gesamtschau geht es nicht mehr ...

May: Das verstehe ich schon, aber die Frage war ja eine andere. Die Frage war ja, warum Robert Habeck eine Woche lang nichts gesagt hat und nichts gemacht hat.

Lang: Weil das ja erst mal im Haus geprüft werden musste. Das muss man sich ja erst mal anschauen und dann in dem Moment, wo es den Hinweis aus dem Haus gab, das verstößt gegen Compliance-Regeln, in dem Moment hat er sehr schnell gehandelt, innerhalb eines Tages.

May: Wieso muss man eine Woche lang prüfen, von Juristen wahrscheinlich, um zu beurteilen, ob eine 600.000 Euro Förderungsempfehlung von Patrick Graichen für die Organisation, wo die Schwester im Vorstand ist, ein Problem ist?

Lang: Diese Prüfungen unterliegen den Häusern. Da will ich mich auch gar nicht einmischen, wie lange man dafür braucht. Für mich ist das Wichtige, dass wenn etwas geprüft ist, wenn etwas vorliegt, dass es dann Konsequenzen gibt. Ich finde es gut, dass man nicht überhastete Entscheidungen trifft oder willkürliche Entscheidungen, sondern dass man sich die Zeit nimmt und auch die Sorgfalt, sich etwas genau anzuschauen, aber dass man auch sagt, wenn ein Ergebnis vorliegt, dann gibt es Konsequenzen. Und diese Konsequenzen gibt es ja jetzt ganz klar in diesem Fall.

May: Noch mal: Der Vorgang war auf dem Tisch und Habeck geht in den Wirtschaftsausschuss, geht in den Energieausschuss und sagt, da ist nichts weiter und suggeriert das.

Lang: Er hat auf Basis von den Kenntnissen, die bis dahin vorgelegen haben, auch aus dem eigenen Haus, gehandelt. Und ich finde es richtig, dass man nicht in einem

parlamentarischen Ausschuss sagt, ihr müsst jetzt noch mal zwei, drei Wochen warten, bis hier alles durchgeprüft ist, sondern er hat auf Basis der Kenntnis, die dort vorgelegen hat, geantwortet, aber natürlich jetzt auch auf Basis von neuen Erkenntnissen neue Entscheidungen getroffen.

May: Hat Ihr Minister ein Problem mit seinem Urteilsvermögen?

Lang: Nein.

May: Aber alle Beobachter lässt es ja etwas ratlos zurück, auch die ihm wohlgesinnten, wie groß der Schaden für Ihre Partei auch ist, weil Ihr Minister so lange an einem Staatssekretär festgehalten hat, der in einer politisch hochsensiblen Phase einen offensichtlich nicht vermittelbaren Fehler gemacht hat. Sie lässt es nicht ratlos zurück?

Lang: Nein. Denn wie ich gerade ja schon mal gesagt habe, ich finde, dass es in der Fehlerkultur dazugehört, dass wenn ein Fehler gemacht wurde, der geheilt wird, man auch sagt, ja, man gibt eine zweite Chance. Aber dass man auf der anderen Seite keine dritte, keine vierte, keine fünfte Chance gibt. Das war am Ende auch Patrick Graichen klar. So wurde gemeinsam diese Entscheidung getroffen. Am Ende muss man sagen, natürlich hat Patrick Graichen im letzten Jahr auch sehr viel dafür getan, dass dieses Land gut durch den Winter kommt, dass die Gasspeicher gefüllt sind, eine Wirtschaftskrise abgewendet wurde. Dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Ich glaube, dafür sind wir ihm auch alle zu Respekt verpflichtet. Aber wie gesagt, am Ende wurde die Entscheidung getroffen zu sagen, eine zweite Chance ist möglich, aber nicht immer weitere Chancen.

May: Aber der Schaden ist jetzt natürlich riesengroß. Das muss man ja erst mal schaffen, dass der politische Gegner Ihrer Partei in die Nähe eines Clans rückt. Und das verfängt ja bei den Leuten. Wie wollen Sie denn diesen Eindruck jetzt wieder verwischen?

Lang: Na ja, aber da muss man ganz ehrlich sagen, das ist ja dem politischen Gegner geschuldet, dass wenn man von Clan-Strukturen spricht, wenn man von Paten

spricht. Ich finde Kritik in diesem Fall absolut richtig und sogar notwendig. Ganz klar stellt man sich auch dieser konkret und halten wir uns an Compliance-Regeln, wo das nicht passiert, gibt es Konsequenzen. Aber wenn jetzt plötzlich dann von Clan-Strukturen gesprochen wird und da die absurdesten Verbindungen aufgemacht werden, dann merkt man doch sehr deutlich, dass es der Opposition in diesem Fall weder um Aufklärung noch um Transparenz geht, sondern eigentlich vor allem darum, wichtige Klimavorhaben zu stoppen. Das hat sie ja in den letzten zwei Tagen noch mal sehr gut bewiesen, indem sie plötzlich gesagt haben, jetzt muss das Gebäudeenergiegesetz gestoppt werden, wo es überhaupt keinen Zusammenhang gibt, wo man merkt, hier geht es nicht um Aufklärung, Transparenz und auch nicht um berechnete Kritik, die absolut richtig ist, sondern es geht am Ende um das Beibehalten von Gas- und Ölheizungen.

May: Zum Gebäudeenergiegesetz kommen wir gleich. Eine Frage noch: Diese 600.00 Euro, diese Förderempfehlung von Patrick Graichen an den BUND in Berlin, wo seine Schwester im Vorstand sitzt, sind das eigentlich Peanuts? Geht so etwas am Minister vorbei?

Lang: Dass nicht jeder Förderbescheid über den Ministertisch geht, ich glaube, das ist klar. Das kann ich Ihnen versichern. Das wird auch in jedem anderen Ministerium so sein.

May: Okay. Kommen wir zum Heizungsgesetz. Sie haben es schon gesagt. Die FDP will jetzt den Beschluss verschieben auf nach der Sommerpause, weil eben mit Patrick Graichen, der dieses Gesetz federführend maßgeblich geschrieben hat, der Ansprechpartner fehlt. Ist das nicht schlicht und ergreifend realistisch – um da jetzt auch den Druck rauszunehmen?

Lang: Nein. Denn wir müssen uns ja mal die Geschichte dieses Gesetzes anschauen. Es gab eine erste Einigung innerhalb des Koalitionsvertrages für 2025. Dann gab es im Koalitionsausschuss eine Einigung, das um ein Jahr vorzuziehen, also schon im Koalitionsausschuss letzten Jahres, auf 2024. Dann haben zwei Ministerien, also das Bauministerium von Klara Geywitz und das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck, gemeinsam einen Entwurf entwickelt mit vielen verschiedenen

Experten und Ansprechpartnern. Dann gab es noch mal eine Einigung im Koalitionsausschuss, einem Kabinett und jetzt liegt das Gesetz ja bei den Parlamentariern, also im Parlament. Und die sind jetzt daran, noch mal die letzten Details zu verhandeln. Und da habe ich, ehrlich gesagt, großes Vertrauen in die Kritik unserer Parlamentarier.

May: Ja, aber genau das sagt Christian Lindner ja eben nicht. Er sagt, es geht eben nicht um Details, sondern es geht um ganz viel Grundsätzliches. Bijan Djir-Sarai spricht von 100 Fragen, die er noch ans Wirtschaftsministerium hat wegen des Gesetzes. Das klingt ja nicht so, als stünde eine Einigung jetzt kurz bevor.

Lang: Es gab eine Einigung innerhalb des Kabinetts, die auch der Finanzminister gemeinsam mit dem Kanzler beschlossen hat. Und ich glaube, wir sollten alle dabei bleiben. Das „Strucksche Gesetz“ ist schön und gut – „Nichts geht durchs Parlament, wie es reingekommen ist“ –, aber dass die Kerne von Gesetzen, wie sie dort beschlossen werden, auch durchgetragen werden. Und das heißt eben mit Blick auf das Gebäudeenergiegesetz, dass wir einen Stopp für den neuen Einbau von Gas- und Ölheizungen vornehmen. Das heißt, dass wir das sozial flankieren, und dass wir auch bald damit anfangen. Aber natürlich wird jetzt im Parlament noch über konkrete Fragen gestritten werden, auch verhandelt werden. Ich persönlich – und dafür setzen wir uns als Grüne ein – finde es wichtig, dass wir noch mal nachlegen, was die soziale Flankierung angeht, also eine sozial gestaffelte Förderung mit bis zu 80 Prozent für Menschen mit geringem Einkommen, dass man auch wirklich sagen kann, die, die wenig Geld haben, die werden richtig unterstützt.

May: Warum wäre es denn so schlimm, wenn das Heizungsgesetz ab 2024 nicht kommt? Im Koalitionsvertrag stand ja auch 2025. Erst unter dem Eindruck der Gas-krise, die ja jetzt sich als doch nicht so elementar erwiesen hat, hat man gesagt, okay, wir ziehen das Gesetz auf 2024 vor.

Lang: Na ja, da muss man einfach sagen, sie hat sich aus zwei Gründen nicht als so elementar erwiesen. Erstens, weil sehr viele Menschen und auch Unternehmen in diesem Land Gas gespart haben, wofür ich verdammt dankbar bin. Und zweitens, weil wir riesige Entlastungspakete gemacht haben, Milliarden in die Hand genommen

haben, um Menschen, die sonst unter diesen steigenden Gaspreisen zusammengebrochen wären, Unternehmen, die insolvent gegangen wären, finanziell zu unterstützen.

May: Aber der Gaspreis ist ja jetzt gerade auch wieder gefallen.

Lang: Ja, aber das kann nicht der dauerhafte Weg sein, denn wir wissen ja, das Gas und Öl wird auch in Zukunft teurer werden. Die Zeit von billigem russischem Gas ist unwiderruflich vorbei. Und spätestens ab 2027 wird der ETS-Handel dafür sorgen, dass CO₂-intensive fossile, also Gas und Öl, noch teurer werden. Dann, wenn wir jetzt nichts machen, wenn wir sagen, wir lassen das einfach mal, verfehlen wir nicht nur unsere Klimaziele, sondern lassen wir die Menschen am Ende mit diesen Kosten alleine. Und die Menschen, die heute noch Gas- und Ölheizung einbauen, also in 2024, 2025, 2026, die stehen dann im Jahr 2028 oder erst recht im Jahr 2030 da mit Kosten, die sie überhaupt nicht mehr stemmen können. Das heißt für mich, ist das Hauptziel dieses Gesetzes, dass wir bezahlbare und sichere Wärme schaffen.

May: Also, das ist im Prinzip wieder dieses alte Thema der Grünen. Sie wollen die Menschen zu ihrem Glück zwingen?

Lang: Nein. Es geht überhaupt nicht darum, die Menschen zu irgendwas zu zwingen, sondern es geht darum, dass wir Planungssicherheit schaffen. Jeder ist heute schlecht daran beraten, Gas- und Ölheizungen einzubauen. Ich würde sagen, es ist das alte Ziel der Grünen, vorzusorgen. Nicht zu sagen, wir schauen auf die nächsten ein, zwei Jahre, nach mir die Sintflut. Denn ehrlich gesagt, das hatten wir doch jetzt schon 16 Jahre lang, die Regierungen, die gesagt haben, wir schauen auf die nächste Umfrage, wir schauen auf das nächste Jahr, nach uns die Sintflut.

May: Ja.

Lang: Das hat uns genau in die Situation gebracht. Was wir planen, ist die Vorsorge.

May: Das wäre das eine Extrem. Das andere Extrem erleben wir jetzt. Angenommen, Sie haben vollkommen Recht und das Gebäudeenergiegesetz ist das Beste, was wir derzeit machen können, was hilft es Ihnen denn, wenn Sie die Mehrheit der Bürger gegen sich aufbringen?

Lang: Ich denke, dass es jetzt darum geht, die Mehrheit der Bürger zu überzeugen, indem wir zeigen, es geht um bezahlbare Wärme, es geht um sichere Wärme und vor allem, indem sie sozial unterstützt werden. Und das ist doch das, was die Leute umtreibt. Wie kann ich das am Ende bezahlen? Und dafür ist die soziale Förderung der ganz zentrale Punkt. Ich habe schon gesagt, sozial gestaffelt. Ich will auch, dass wir Mietern noch mehr unter die Arme greifen. Und da sehen wir ja heute, die haben gar keine Möglichkeit, Einfluss darauf zu nehmen, ob bei ihnen mit Gas oder Öl geheizt wird. Da, indem wir zum Beispiel die Modernisierungsumlage noch stärker beschränken, kann man dafür sorgen, dass Mieter in Zukunft noch besser geschützt werden. Aber ich glaube, gerade im Sinne der Bürger braucht es jetzt auch eine Verlässlichkeit, dass sie wissen, was kommt eigentlich auf uns zu und wann kommt es auf uns zu. Im Sinne der Handwerker, die das umsetzen müssen. Im Sinne der Unternehmen, die produzieren. Im Sinne all dieser sind jetzt schnelle Entscheidungen eigentlich angezeigt.

May: Ricarda Lang, Co-Vorsitzende der Grünen. Frau Lang, vielen Dank für das Gespräch.

Lang: Danke Ihnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.